

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK IM FRÜHJAHR 1956

Allgemeine Lage

Die wirtschaftliche Gesamtsituation der Bundesrepublik wurde in den letzten Monaten entscheidend von zwei Faktoren bestimmt: Einmal war es die Kältewelle, die im Februar einsetzte und lähmend nicht nur auf die witterungsempfindlichen Wirtschaftszweige wirkte, zum anderen die von der Bank deutscher Länder am 7. März beschlossene abermalige Diskonterhöhung, die als monetäre Bremse das Rad der konjunkturellen Überhitzung fassen soll.

Der allein durch exogene Einflüsse abgefallene Produktionsindex und die aus gleichem Grunde hohe Arbeitslosenzahl im Februar darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Aufgabe, die Hochkonjunktur zu meistern, noch immer das Problem Nr. 1 ist. Die Preisbewegung ist weiterhin nach oben gerichtet, und die immer rarer werdenden freien Produktionsfaktoren lassen die Restriktionsmaßnahme der BdL nicht nur als richtig, sondern als unabwendbar notwendig erscheinen, wenn eine kontinuierliche Fortentwicklung der Wirtschaft ohne inflationäre Preissteigerungen gesichert werden soll. Der industrielle Erzeugungsausfall in der Frostperiode wird die Höhe des künftigen realen Fortschritts in der Entwicklung des Sozialprodukts erheblich beeinträchtigen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung rechnet für 1956 mit einer Zuwachsrate von höchstens 7 bis 8 vH.

Der Außenhandel erbrachte durch einen beachtlichen Exportüberhang wieder beträchtliche Gold- und Devisenreserven. Auf der anderen Seite stehen die fiskalischen Geldstillegungen, die erneut stark zunahmen. Die Guthaben des Bundes bei der Notenbank haben die enorme Summe von fast 8 Milliarden DM erreicht. Dieser Betrag entspricht etwa dem Aufkommen¹ an veranlagter Einkommen- und Körperschaftsteuer von 1954. Um diese Überschußbildung der Bundeskasse einzudämmen, werden von weiten Kreisen der Wirtschaft drastische Steuersenkungen gefordert. Das Bundeswirtschaftsministerium sieht in diesen Stillegungen jedoch das gegenwärtig kontraktivste Mittel und möchte es durch Einnahmesenkungen nicht geschwächt wissen¹). Die BdL rechnet in den kommenden Monaten noch mit steigenden Kassenüberschüssen, zumal die größeren Ausgabe-posten des Bundes erst im 2. Halbjahr zum

Tragen kommen werden. Sie warnt dennoch vor einseitigen Steuersenkungen bzw. Mehrausgaben für einige Interessenten, die auf die Dauer nicht zu halten sein würden. Statt dessen befürwortet sie eine generelle Steuersenkung, die notfalls leichter korrigiert werden kann²).

Geld und Kredit

Das zentrale Ereignis des I. Quartals 1956 war die Heraufsetzung des Diskontsatzes der Landeszentralbanken auf 4 1/2 vH. Diese Maßnahme des Zentralbankrats der BdL war die kreditpolitische Unterstreichung der seit längerem erhobenen Forderung nach *maßvoller* Wirtschaftsführung. Wenn es zunächst auch schien, als sei die Bundesregierung mit dieser Neuregelung nicht einverstanden, als laufe sie der allgemeinen Wirtschaftspolitik zuwider, so kam es doch sehr bald zu einer Einigung zwischen Regierung und BdL³).

Es war Ziel der Kreditpolitik, ihrerseits zur Mäßigung der Kreditexpansion beizusteuern. Die Anspannung des Geldmarktes und der Bankenliquidität, die in den letzten Monaten verstärkt zu beobachten waren, können vorwiegend auf die sich immer mehr häufenden Kassenüberschüsse des Bundes und zum Teil auch des Lastenausgleichsfonds zurückgeführt werden. Wenn insoweit die Stillegung größerer Geldmengen konjunkturpolitisch segensreich war, so dürfen doch niemals die Gefahren verkannt werden, die aus diesen Horten erwachsen⁴), deren Auflösung bei ihrem jetzigen Umfang auf das wirtschaftliche Gleichgewicht äußerst nachteilig wirken muß.

Seit Jahresbeginn war diese restriktive Wirkung so stark, daß selbst die übliche Abnahme des Bargeldbedarfs und der beträchtliche Zustrom an Devisen überkompensiert wurden und der Geldmarkt saisonungemäß angespannt war⁵). Mit dieser Entwicklung mußte ein Anziehen der Zinssätze parallel gehen. Es entstand bei unveränderter Bankrate zunächst eine Diskrepanz zwischen Diskontsatz und den Marktsätzen. Das Festhalten der Habenzinsen bewog darüber hinaus viele Kunden, ihr Geld von den Banken abzuziehen und lukrativer anzulegen.

Das *kurzfristige* Kreditgeschäft hat einen Anstieg genommen, der den der vergleichbaren Vorjahresperiode übertrifft. Als Gründe dafür sind die zu den Bundeskassenreserven abgeführten Steuern zu nennen, die ersetzt werden, mußten, ferner der frühe Ostertermin; die wirtschaftslähmende Kältewelle zwang manches Unternehmen zur Aufnahme von Überbrückungskrediten. Das *mittel- und langfristige* Kreditgeschäft reagierte auf die schmal gewordene Kapazität der Kreditgeber jedoch ziemlich scharf.

2) Monatsberichte der BdL, März 1956.

3) Finanzpolitische Mitteilungen des Bundesministeriums der Finanzen v. 5. 4. 56.

4) Vgl. Gewerkschaftliche Monatshefte 2/1956, S. 119 f.

5) Monatsbericht der BdL, März 1956.

1) Tagesnachrichten des Bundesministers für Wirtschaft v. 27. 3. 1956.

Preise

Die aufwärtsgerichtete Preistendenz, die auch im I. Quartal 1956 zu beobachten war, ist saisonal auf die Kältewelle zurückzuführen, die besonders auf dem Nahrungsmittelsektor ihre Auswirkungen zeigte; sie muß strukturell als eine reale Kluft zwischen der kaufkräftigen Nachfrage und dem dahinter zurückbleibenden Angebot angesehen werden. Erhöhungen sind vor allem bei den landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen, bei den industriellen Erzeugerpreisen und bei den Konsumgüterpreisen festzustellen. Der Anstieg bei den Grundstoffpreisen wird auf das Anziehen verschiedener Weltmarktpreise zurückgeführt. Daß bei den Preisen industrieller Güter die der Investitionsgüter (Maschinenbau, Stahlbau) führen, deutet auf eine rege Nachfrage auf diesem Gebiet hin. Überraschender ist, daß nun auch die industriell erzeugten Verbrauchsgüter preislich nach oben tendieren, wo sie doch bislang dämpfend auf die allgemeine Preissteigerung wirkten. — In vielen Fällen wird man gerade jetzt durch Zollsenkung und Erweiterung der Liberalisierung, d. h. also durch Importanreize, Gegenkräfte auslösen können.

Eine Sonderstellung nehmen die Kohlepreise ein. Nach dem von der Hohen Behörde der Montanunion gefaßten Beschluß, die Bestimmungen über Höchstpreise nicht zu verlängern, zeigen sich neue Probleme. Zunächst soll geprüft werden, ob Maßnahmen der Bundesrepublik, die eine Übersteigerung des Kohlepreises vermeiden sollen, mit dem sog. Subventionsverbot vereinbar sind.

So wünschenswert Preissenkungen auch besonders im Hinblick auf die Rentner wären, so ist es bislang der Arbeitgeberseite noch nicht gelungen, die Öffentlichkeit von der praktischen Durchführbarkeit solcher Preissenkungen zu überzeugen. — Ebenso mußten die Verhandlungen zwischen den Tarifpartnern um die Frage der Arbeitszeitverkürzung ergebnislos verlaufen, weil die Arbeitgeber eine Koppelung der Arbeitszeit an die Produktivität verlangten. Auf den ersten Blick erscheint eine solche Verbindung sinnvoll, indessen setzt sie die Anerkennung der gegenwärtigen Einkommens- und Vermögensstruktur als gerecht voraus. Dies wollen und können die Gewerkschaften nicht tun, da das Gegenteil der Fall ist. Dazu kommt ein weiteres. Die Produktivität als Vergleichsgröße wählen, heißt, ihre Meßbarkeit behaupten. Hiervon kann nicht die Rede sein. Eine Vielzahl von Methoden der Produktivitätsmessung stehen einander entgegen, und niemand kann heute sagen, welche die gerechte ist. Man kann die Freizeit auch ohne Produktivitätssteigerung vergrößern, nämlich auf Kosten der Anteile, anderer Gesellschaftsgruppen am Sozialprodukt. Ganz abgesehen davon führt Arbeitszeitverkürzung oft nachträglich zu höherer Produktivität.

Produktion

Die langdauernde Kältewelle im Februar beeinflusste zwangsläufig Handel und Produktion in einem Maße, daß sich der im allgemeinen um diese Zeit anmeldende Frühjahrsaufschwung am Ende der vorliegenden statistischen Berichtsperiode noch nicht zeigte. Die Produktionsausfälle waren beträchtlich; der Index der Industrieproduktion lag im Februar mit 199 um 8 Punkte tiefer als im Januar, der der Bauwirtschaft sank sogar auf 61 (Januar = 150), aber auch in weniger witterungsabhängigen Branchen waren die Auswirkungen der Kältewelle spürbar⁶⁾.

Die angestaute Nachfrage hat sich mit dem Einsetzen frühlingshaften Wetters auf allen Gebieten der Volkswirtschaft bemerkbar gemacht, und zusammen mit den übriggebliebenen Auftragsbeständen des Vorjahres übt sie heute einen Druck aus, angesichts dessen befürchtet werden muß, daß die Produktionserhöhung ihr in absehbarer Zeit nicht gerecht werden wird. Besonders deutlich ist der angestaute Bedarf in der Bauwirtschaft, wo der gewerblich-industrielle Sektor des Hochbaus erheblich größere Investitionen als im Vorjahr plant; aber auch die Baugenehmigungen für Wohnraum liegen über dem Vorjahresstand. Dem Tiefbausektor gibt der Umstand Auftrieb, daß erhebliche Mittel der öffentlichen Hand für Straßen- und Wasserbau vorgesehen sind.

Neben einer Zunahme der Auslandsaufträge ist auch der inländische Verbrauch merklich angestiegen. Die auf den Verbrauchsgütermes- sen getätigten Abschlüsse liegen weit höher als im Vorjahr. Diese Anspannung der Konsumgüterindustrie kann nicht ohne Auswirkung auf den Investitionssektor bleiben. Die sich als notwendig erweisenden Rationalisierungs- und Erweiterungsinvestitionen üben einen weiteren Impuls auf den Investitionsgüterbereich aus, wo von einem Nachlassen der Hochkonjunktur noch nicht viel zu merken ist⁷⁾. Das Bundesministerium für Wirtschaft meldet einen geringen Rückgang der Bestelltätigkeit der Investitionsgüterwirtschaft, bei gleichzeitiger Auftragskumulierung⁸⁾.

Das Handwerk meldet sich

Die Vorstellung von dem zum Untergang verurteilten Handwerk ist längst nicht mehr modern. Wenn die industrielle Wirtschaft das Handwerk auch nicht aufsaugt, so kann doch kaum bestritten werden, daß es gegenüber der Industrie eine schwächere Position einnimmt. Zwar hat heute kaum ein Handwerksbetrieb über Auftragsmangel zu klagen, doch kann er den Ansprüchen aus finanziellen Gründen nicht

6) Monatsberichte der BdL, März 1956.

7) Monatsberichte der BdL, März 1956.

8) Tagesnachrichten des Bundesministers für Wirtschaft vom 27. 3. 56.

voll gerecht werden. Die Abgabenlast wird als zu drückend empfunden, weil der Investitionsbestand und das Eigenkapital gering sind. Diese in Verbindung mit einer schlechten Zahlungsmoral der Kundschaft zwingt den Handwerker, Kredite aufzunehmen, und da er nur wenig bankmäßige Sicherheiten bieten kann, bleibt ihm meist nur der teuerste, der Wechselkredit. Bei den sehr notwendigen langfristigen Krediten sprangen bisher weitgehend die Sparkassen ein, aber auch deren Zinssätze wollen erwirtschaftet sein.

Wenn man deshalb heute vom Handwerk Rationalisierung verlangt — und das Handwerk sträubt sich keineswegs gegen diese Entwicklung —, so muß ihm zunächst auch durch Erleichterungen Hilfestellung geleistet werden.

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks hat in einer Denkschrift die Situation von 847 000 Handwerksbetrieben erläutert und eine Reihe konkreter Vorschläge zur Behebung bestehender Mängel gemacht. Im Vordergrund stehen dabei die Wünsche nach Kredithilfe und nach steuerlichen Erleichterungen. Langfristige und mittelfristige billige Kredite sowie die finanzielle Stärkung des Haftungsfonds der Kreditgarantiegemeinschaft und die Senkung der Kreditprovisionen sollen eine notwendige Rationalisierung und allmähliche Entschuldung des Handwerks ermöglichen. Der Steuerkomplex ist umfassender. Eine großzügige Regelung der Ehegattenbesteuerung, vor allem eine gebührende Würdigung der mithelfenden Ehefrau, Erhöhung der Freigrenze bei der Gewerbeertragsteuer und der Gewerbesteuer, Senkung vor allem der Umsatzsteuer und Steuerfreiheit für Umsätze innerhalb von Arbeitsgemeinschaften sollen die angestrebte Entwicklung erleichtern. Das Handwerk fordert ferner freie Rücklagen zur Altersversorgung sowie gesetzliche Sicherungen durch ein Schwarzarbeits-, ein neues Geschäftsraummiets- und eine Erleichterung im Schwerbeschäftigtengesetz. Interessant ist die Forderung nach mindestens 30prozentiger Beteiligung am Rüstungsauftragsvolumen bei gebührender Berücksichtigung der handwerklichen Möglichkeiten und Gegebenheiten.

Landwirtschaft

Die Agrarpolitik der Bundesrepublik stand im I. Quartal 1956 im Zeichen des „Grünen Berichts“⁸⁾. Das im Sommer vorigen Jahres verabschiedete Landwirtschaftsgesetz hatte die Bundesregierung verpflichtet, erstmalig am 15. Februar 1956 einen „Bericht über die Lage der Landwirtschaft“ vorzulegen, auf Grund dessen dann der weitere Kurs der Agrarpolitik festgelegt werden sollte.

Wenn auch an der Methode der Erhebung und Auswertung von verschiedenen Seiten Bedenken geäußert wurden — z. B. daran, daß die Auswertung allein durch den Bundesernäh-

rungsminister und einen Beirat, ohne Hilfe einer unabhängigen Instanz, erfolgte —, so kann nicht bestritten werden, daß dieser Bericht helles Licht in das agrarpolitische Dunkel geworfen hat. Indessen brachte er keine Sensationen. Etliche Vorstellungen der Agrarier erwiesen sich als übertrieben, die allzu optimistischen Auffassungen Außenstehender mußten aber ebenfalls revidiert werden. Im ganzen gesehen, geht es der deutschen Landwirtschaft nicht gut.

Bei der Rentabilitätsprüfung ergab sich, daß die als angemessen betrachtete Verzinsung des Betriebskapitals von 3V₄ vH nur bei Hackfruchtbetrieben ab 50 ha und zwischen 10 und 20 ha Nutzfläche erreicht wurde. Ein Lohnvergleich mit der Industrie ergab eine um durchschnittlich 30 vH geringere Lohnhöhe in der Landwirtschaft. Hier erreichten auch gemischte Betriebe und Getreide-Hackfruchtbetriebe über 50 ha sowie Hackfruchtbetriebe zwischen 20 und 50 ha und unter 10 ha eine 100prozentige Deckung des industriellen Vergleichslohns. In den anderen Betriebsgruppen war weder eine angemessene Verzinsung des Kapitals noch eine vergleichsweise ausreichende Entlohnung gegeben.

Die Verschuldung der Landwirtschaft, die sich mit in dem Passivsaldo von 50 Mill. DM ausdrückt, wird auf die stürmischen Investitionen zurückgeführt. Ohne die Mehrausgaben von 500 Mill. DM für Maschinen wäre ein Ausgleich fast erreicht worden. Nun kann aber keinesfalls hiergegen etwas eingewandt werden, es sei denn, daß die Sorge vor der Arbeitsmarktentwicklung manche Bauern zu vorzeitigen Mechanisierungskäufen in einem irrationalen Ausmaß, verglichen mit ihrer Betriebsgröße, veranlaßt hätte.

Es ist befremdlich, wenn auch nicht neu, daß die Flurbereinigung in den bäuerlichen Programmen stets eine nebeneordnete Rolle spielt, obwohl sich nun wieder erwiesen hat, daß fast alle Betriebe über 50 ha Gewinne abwerfen und die Kleinbauern sich durchweg in Not befinden. In den wenigen Fällen schließlich, in denen die Flurbereinigung durchgeführt worden ist, konnten Ertragssteigerungen von durchschnittlich 35 vH nachgewiesen werden.

Bundesernährungsminister *Lübke* kann im „Grünen Bericht“ mit Recht eine Bestätigung seiner bisherigen Konzeption erblicken. Dementsprechend verkündete er sein Agrarprogramm, das 1 Md. DM zugunsten der Landwirtschaft vorsieht. 896 Mill. DM werden vom Bund, der Rest von den Ländern, den Gemeinden und vom ERP-Sondervermögen getragen.

Der Deutsche Bauernverband erklärte sich zunächst mit dieser Milliarde zufrieden, nicht ohne weitere Forderungen anzukündigen. Es muß abgewartet werden, ob besonders die Mittel für gezielte Maßnahmen an den Ort ihrer Bestimmung gelangen und wie sie innerhalb eines Jahres wirken. *Wolf Donner*

8) Bundestagsdrucksache Nr. 2100 vom 10. 2. 1956.